

**ONLINE-PUBLIKATION**

Sofian Philip Naceur

# «Beihilfe zur Repression»?

Polizeiliche Ausbildungs-  
und Ausstattungshilfen der EU  
in Nordafrika und im Sahel

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

SOFIAN PHILIP NACEUR ist Politikwissenschaftler, arbeitet als freier Journalist in Kairo und schreibt unter anderem für die Tageszeitung *junge Welt*, n-tv Online und das ägyptische Nachrichtenportal Mada Masr. Schwerpunkte seiner Berichterstattung sind Ägypten, Algerien, Flucht und Migration sowie die deutsche Außen- und Rüstungsexportpolitik in Nordafrika.

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 1/2018

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Februar 2018

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

# INHALT

1 Einleitung	4
2 «Alternativlos» und «politisch notwendig» – das deutsch-ägyptische Sicherheitsabkommen	5
2.1 Ausbildungs- und Ausstattungshilfen für Ägyptens Sicherheitsapparat	5
2.2 Desolate Menschenrechtslage und Polizeigewalt – «Beihilfe zur Repression»?	7
2.3 Europäische Arbeitsteilung – Auslagerung des EU-Grenzkontrollregimes nach Ägypten	8
3 Externalisierung der EU-Außengrenzen nach Nordafrika und in den Sahel	10
3.1 EU-Grenzkontrollpolitik und Migrationsmanagement im Sahel	10
3.2 Souveränitätsanspruch und Rechtspopulismus in Algerien	12
4 Kurzsichtige Prioritätensetzung	13

# «BEIHILFE ZUR REPRESSION»?

## POLIZEILICHE AUSBILDUNGS- UND AUSSTATTUNGSHILFEN DER EU IN NORDAFRIKA UND IM SAHEL

### 1 EINLEITUNG

«Es ist Zeit, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Wir können und werden nicht in der Lage sein, Migration zu stoppen.» Mit diesen Sätzen beginnt ein im Dezember 2017 in der Onlineausgabe von *Politico* veröffentlichter Kommentar des EU-Kommissars für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos.<sup>1</sup> Europas Flüchtlingskrise könne nachlassen, doch global werde Migration nicht aufhören, schreibt er und betont, die Europäische Union (EU) könne «besser, smarter und proaktiver» dabei werden, mit diesem «Phänomen» zurechtzukommen.

Zwar bewertet Avramopoulos die jüngste Verringerung «irregulärer Migrationsströme» durchaus als einen Erfolg, er spricht sich darüber hinaus aber für einen politischen Ansatz in der Migrationspolitik aus, der auf Integration und Inklusion setzt. Dies sei nicht nur ein «moralischer Imperativ», sondern angesichts der alternden Bevölkerung Europas zudem ein «sozialer und wirtschaftlicher». Daher fordert er verbesserte legale Wege für wirtschaftliche Migration in die EU durch «ambitioniertere» Arbeitsregelungen sowie die Unterstützung von Projekten zur Anwerbung von hoch qualifizierten Fachkräften in den Ländern außerhalb der EU.

Avramopoulos' Ressort spielt in ebendieser Hinsicht eine Schlüsselrolle. Es ist zudem aber auch zuständig für die Verbesserung der Grenzkontrollen, den Einsatz der EU-Grenzschutzagentur Frontex, den Kampf gegen Menschenhandel und -schmuggel und die möglichst «reibungslose» Rückführung irregulärer Migrant\*innen in Kooperation mit Nicht-EU-Staaten.<sup>2</sup> Während der EU-Kommissar in seinem Kommentar die Migrationsdebatte als zunehmend von «Nationalismus, Populismus und Xenophobie beeinflusst» kritisiert und für ein Umdenken und eine Öffnung – wenngleich im Hinblick auf eine neokoloniale Abschöpfung qualifizierter Arbeitskraft – wirbt, setzen die EU und ihre Mitgliedstaaten weiter auf Abschottung und forcieren die Externalisierung und Militarisierung des EU-Grenzkontrollregimes im Mittelmeerraum.

Mit Beginn der arabischen Revolten 2011 war das 2005 in Kooperation mit Libyen und Tunesien etablierte Grenzregime der EU in sich zusammengebrochen. Die damaligen Abkommen mit den Regierungen in Tripolis und Tunis dienen nun als Blaupause für die derzeitige EU-Mittelmeerpolitik. Die Vorverlagerung der europäischen Außengrenzen wird dabei heute allerdings nicht nur in Nordafrika, sondern auch im Sahel und am Horn von Afrika massiv vorangetrieben.

Zu diesem Zweck fördert die EU die militärische und polizeiliche Aufrüstung und Ertüchtigung nordafrikanischer und in der Sahelzone gelegener Staaten und die zunehmende Verzahnung sicherheits- und entwicklungspolitischer Instrumente. Während Deutschland in diesem Rahmen vor allem polizeiliche Ausbildungs- und Aufbauhilfen in Ägypten, Tunesien und im Sahel leistet und damit Italiens Bemühungen flankiert, ägyptische und libysche Sicherheitsbehörden verstärkt in die EU-Grenzabschottung einzubinden, ist Frankreich heute einer der wichtigsten Rüstungslieferanten Ägyptens, dessen Regierung sich in Sachen Migrationsabwehr bereitwillig vor Brüssels Karren spannen lässt.

Auch Algerien spielt eine wichtige Rolle dabei, die Durchlässigkeit der Grenzen in der Region zu vermindern, verfolgt jedoch eine weitgehend souveräne Sicherheits- und Regionalpolitik. Diese ist bereits seit Ende der 1990er Jahre auf die massive Aufrüstung und Kontrolle der südlichen und seit 2011 auch verstärkt der östlichen und westlichen Landesgrenzen ausgelegt und weist entsprechende Überschneidungen mit den sicherheitspolitischen Zielen der EU auf. Europäische und vor allem deutsche Firmen unterstützen Algerien umfassend dabei, seine Streitkräfte zu modernisieren und eine eigene Rüstungs- und Ausrüstungsindustrie aufzubauen.

Für die Bemühungen der EU, «illegale» Migrationsbewegungen im Mittelmeerraum einzuschränken, sind diese Maßnahmen von entscheidender Bedeutung. Doch die Auslagerung des Grenzkontrollregimes ist nur eine der treibenden Kräfte hinter der Militarisierung der EU-Afrikapolitik. Frankreich verfolgt in der Region handfeste wirtschaftliche Interessen und will seinen Zugang zu Rohstoffen – vor allem Uran, aber auch Erdöl- und Erdgas – absichern, während der fortschreitende Staatszerfall in Mali Befürchtungen verstärkt, der Sahel könne sich zu einem dauerhaften Rückzugsgebiet für terroristische Gruppen entwickeln. Die Region gilt bereits seit

1 Vgl. Avramopoulos, Dimitris: Europe's migrants are here to stay, in: *Politico*, 21.12.2017, unter: [www.politico.eu/article/europe-migration-migrants-are-here-to-stay-refugee-crisis/](http://www.politico.eu/article/europe-migration-migrants-are-here-to-stay-refugee-crisis/).

2 Vgl. die Aufgabenbeschreibung auf der Homepage der Europäischen Kommission unter: [https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/avramopoulos\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/avramopoulos_en).

Ende der 1990er Jahren als Rückzugsraum für gewaltbereite Extremist\*innen, doch angesichts der zu erwartenden Rückkehr von IS-Mitgliedern aus Syrien und dem Irak in die Region wird nicht ohne Grund damit gerechnet, dass sich das Konfliktpotenzial im Sahel verstärken könnte. Die Fixierung der EU auf sicherheitspolitische Maßnahmen wird jedoch keineswegs zu einer Befriedung beitragen, sondern neue Konflikte verursachen. Daran wird auch die intensivierete Entwicklungskooperation nichts ändern, bleibt diese doch ohne eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Handelspolitik nur Makulatur.

## **2 «ALTERNATIVLOS» UND «POLITISCH NOTWENDIG» – DAS DEUTSCH-ÄGYPTISCHE SICHERHEITSABKOMMEN**

Im März 2017 ratifizierte der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die bilateralen Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit Tunesien und Ägypten. Schon 2015 hatte die Bundesregierung Aus- und Fortbildungshilfen für ebenjene ägyptischen Polizei- und Geheimdienstbehörden lanciert, denen massive Menschenrechtsverletzungen und systematische Folter vorgeworfen werden. Das von der Bundesregierung als alternativlos eingestufte Abkommen sei «politisch notwendig», «entspreche deutschen Sicherheitsinteressen» und diene «vor allem der Bekämpfung von Straftaten der schweren und organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus»; zudem stelle es die Grundlage für die Zusammenarbeit «im Bereich der technischen Hilfe bei Katastrophen und zur Sicherheit von Reisedokumenten» dar.<sup>3</sup> Die Sicherheitskooperation mit Kairo ist jedoch in erster Linie ein abschottungspolitisches Ertüchtigungsinstrument zugunsten ägyptischer Sicherheitsbehörden. Diese, so das Kalkül der Bundesregierung, werden durch die Ausbildungs- und Ausstattungshilfen in die Lage versetzt, Ägyptens Land- und Seegrenzen besser kontrollieren zu können und dadurch die «irreguläre» Migration einzuschränken.

Nach dem verheerenden Bootsunglück nahe der Kleinstadt Rashid an Ägyptens Mittelmeerküste im Oktober 2016, bei dem mehr als 200 Menschen ertranken, verstärkte Ägyptens Küstenwache in der Tat die Kontrollen an den Seegrenzen. Die Anzahl der in ägyptischen Gewässern in See gestochenen Boote ist daraufhin erheblich gesunken, das Schleusergeschäft an der ägyptischen Mittelmeerküste gilt als vorerst lahmgelegt. Sich aufdrängende Fragen nach den Verantwortlichkeiten für das Unglück sind jedoch seitens der Regierung bislang unbeantwortet geblieben. Schließlich sind es jene ägyptischen Sicherheitsbehörden, die seither das strengere Kontrollregime im Mittelmeer aufrechterhalten, denen unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen und damit eine Mitschuld an dem Unglück zugeschrieben wird.<sup>4</sup> Auch die Verwicklung ägyptischer Offiziere in das Schleusergeschäft gehört zu den vielen offenen Geheimnissen.<sup>5</sup> Darüber hinaus hat die weitgehende Schließung der ägyptischen Mittelmeerroute keineswegs zu einem Ende der Schleuseraktivitäten innerhalb des Landes geführt, vielmehr haben sie sich an die libysch-ägyptische Grenze verlagert. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und des von Korruption zerfressenen Sicherheits- und Staatsapparats ist eine dauerhafte Aufrechterhaltung des Grenzkontrollregimes in Ägypten höchst fraglich. Erhebliche Zweifel sind daher auch an den Argumenten der Bundesregierung in Sachen Sicherheitskooperation mit Kairo angebracht. Die Behauptung, die polizeiliche Aufbauhilfe leiste «grundsätzlich einen Beitrag zur Demokratisierung» und unterstütze Ägypten bei der «Entwicklung rechtsstaatlicher Sicherheitsstrukturen»,<sup>6</sup> ist angesichts des nicht vorhandenen Reformwillens ägyptischer Innenbehörden nicht nur illusionär und deshalb unhaltbar, sondern auch gefährlich: Zweifellos besteht das Risiko, dass ägyptische Behörden das erworbene Wissen einsetzen, um gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen und damit die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit massiv zu behindern.

### **2.1 Ausbildungs- und Ausstattungshilfen für Ägyptens Sicherheitsapparat**

Im November 2014 bestätigte die Bundesregierung erstmals, Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung über den Abschluss eines Sicherheitsabkommens zu führen. Die Gespräche waren 2012 aufgrund der politischen Lage in Ägypten eingestellt, jedoch kurz darauf wieder aufgenommen worden. Während die Bundespolizei die «Durchführung von Schulungen im Bereich der Bekämpfung der Urkundenkriminalität bei gleichzeitiger schulungsbedingter Ausstattungshilfe» plane, habe das Bundeskriminalamt (BKA) bereits im Juni 2013 eine Informationserhebungsreise<sup>7</sup> nach Ägypten unternommen – also nur wenige Wochen vor dem Rabaa-Massa-

3 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11812, Abschnitt IV, Begründung, 30.3.2017.

4 Vgl. Magid, Pasha: Report from Rashid: Where was the state when hundreds drowned?, Mada Masr, 13.10.2016, unter: [www.madamasr.com/en/2016/10/13/feature/politics/report-from-rashid-where-was-the-state-when-hundreds-drowned/](http://www.madamasr.com/en/2016/10/13/feature/politics/report-from-rashid-where-was-the-state-when-hundreds-drowned/).

5 Vgl. insbesondere Cuttitta, Paolo: Viewpoint. Egypt: Europe's other north African border, Statewatch, April 2017, unter: [www.statewatch.org/analyses/no-313-egypt-viewpoint.pdf](http://www.statewatch.org/analyses/no-313-egypt-viewpoint.pdf).

6 Bundestagsdrucksache Nr. 18/7181, Schriftliche Frage 9, 30.12.2015.

7 Bundestagsdrucksache Nr. 18/3054, Antwort auf Frage 16, 5.11.2014.

ker in Kairo, bei dem ägyptische Polizeieinheiten ein Protestcamp der von der ägyptischen Regierung als Terrororganisation eingestuftes Muslimbruderschaft räumten und dabei bis zu 1.000 Menschen töteten.<sup>8</sup>

Seit der Machtübernahme der Armee unter dem damaligen Verteidigungsminister und jetzigen Staatspräsidenten Abdel Fattah Al-Sisi im Juli 2013 gehört offene Gewaltanwendung ägyptischer Sicherheitskräfte gegen Demonstrant\*innen, die Opposition und Zivilist\*innen zum Alltag. Regierung und Sicherheitsapparat sorgen mittels eines restriktiven Protestgesetzes und eines rigorosen Vorgehens von Exekutive und Justiz gegen Protestierende für Ruhe im Land. Die seit 2011 oft hochgepriesene Demonstrationsbereitschaft der Bevölkerung ist seither deutlich zurückgegangen. Verurteilungen der politisch motivierten Gewalt der ägyptischen Staatsmacht waren vor allem in Europa anfänglich laut, sind jedoch rasch einer pragmatischen und von wirtschafts-, geo- und vor allem migrationspolitischen Interessen geleiteten Realpolitik gewichen. Diese umfasst heute vor allem die forcierte Restaurierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Al-Sisis Regime, der im Kontext der heutigen EU-Grenzkontrollpolitik eine zentrale Rolle beigemessen wird.

Die Bundesregierung setzt in diesem Bereich vor allem auf das Sicherheitsabkommen mit Kairo, in dessen Rahmen anfänglich Maßnahmen in den Bereichen Anti-Terror-Kampf, Luft- und Flughafensicherheit, Bekämpfung der illegalen Migration und polizeiliche Aufgabenerfüllung bei Großveranstaltungen vorgesehen waren. Letzteres zielt insbesondere auf die Absicherung von Fußballspielen, bei denen es in Ägypten seit 2012 immer wieder zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und den Ultra-Vereinigungen der beiden Hauptstadtclubs Al-Ahly und Zamalek SC gekommen ist. Mit einer kurzen Unterbrechung werden Spiele der ersten ägyptischen Liga seit den Ausschreitungen von Port Said im Februar 2012, bei denen 72 Al-Ahly-Fans getötet wurden, vor leeren Rängen ausgetragen.<sup>9</sup> Aus diesem Grund fand im Rahmen der Sicherheitskooperation in diesem Bereich bislang nur eine Maßnahme statt: eine Hospitation ägyptischer Beamter beim DFB-Pokalfinale in Berlin im Mai 2015.

Die Schwerpunkte der bisherigen Zusammenarbeit lagen auf der Bekämpfung der illegalen Migration sowie der Unterstützung bei der Gewährleistung der Luft- und Flughafensicherheit, die ebenfalls migrationspolitisch relevante Maßnahmen einschließt. Die ausführenden Behörden auf deutscher Seite sind die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt. Auf ägyptischer Seite beteiligt sind das Innenministerium, der Auslandsnachrichtendienst General Intelligence Service (GIS) und der Inlandsgeheimdienst National Security Agency (NSA, von der Bundesregierung National Security Sector, NSS, genannt). Vor allem die intensive Zusammenarbeit bundesdeutscher Polizeibehörden mit der NSA gilt als hoch problematisch, handelt es sich bei dem auch als Heimatschutz bekannten Dienst doch um die für ihr weitverzweigtes Spitzelnetzwerk berüchtigte politische Polizei des Regimes, die aus dem offiziell aufgelösten State Security Investigation Service hervorgegangen ist.

Das BKA organisiert Lehrgänge und gegenseitige Arbeitsbesuche mit Schwerpunkten rund um das Thema Terrorbekämpfung mit der NSA und bildet seit 2015 NSA-Offizielle im Rahmen des Stipendiatenprogramms des BKA aus.<sup>10</sup> Vor allem die Kooperation mit Kairo in der Terrorismusbekämpfung ist jedoch höchst umstritten, weil immer wieder auch Fußball-Ultras und Demonstrant\*innen auf der Grundlage der ägyptischen Anti-Terror-Gesetze angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt werden. Sogar die Bundesregierung wies den von der ägyptischen Regierung propagierten «umfassenden Terrorismusbegriff» als «unverhältnismäßig» zurück und bestätigte dessen Anwendung durch Sicherheitsbehörden und Justiz «im Kontext von Demonstrationen».<sup>11</sup> Nichtsdestotrotz lobt Berlin die Kooperation mit der NSA weiterhin als «insgesamt sehr gut und vertrauensvoll», sie habe «hohe strategische Bedeutung».<sup>12</sup>

Um die Zusammenarbeit mit den ägyptischen Behörden zu legitimieren, greift die Bundesregierung immer wieder auf dasselbe Begründungsmuster zurück, wenn es um Kooperationen dieser Art geht: Es sollen Lernprozesse angestoßen werden. So heißt es etwa in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus dem Jahre 2014: «Ägypten verfügt nicht über die notwendige Ausrüstung, um die speziellen Herausforderungen des Anti-Terror-Kampfes erfolgreich zu bewältigen. Die Sicherheitskräfte befinden sich noch in einem Lern- und Anpassungsprozess. [...] Schlechte Ausbildung und Ausrüstung sowie Unkenntnis über Handlungsoptionen und Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns sind häufig Ursache für Fehlverhalten, das durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit eingedämmt werden kann.»<sup>13</sup> Dieser Ansatz in der Terrorbekämpfung ist angesichts wiederholter Berichte über eine willkürliche Nutzung der Anti-Terror-Gesetze sowie undurchsichtiger Anti-Terror-

8 Vgl. [www.theguardian.com/world/2014/aug/16/rabaa-massacre-egypt-human-rights-watch](http://www.theguardian.com/world/2014/aug/16/rabaa-massacre-egypt-human-rights-watch).

9 Das Massaker von Port Said, bei dem die Sicherheitskräfte die von der gegnerischen Anhängerschaft ausgehende Gewalt gegen Al-Ahly-Fans nicht unterbanden und sogar anheizten, gilt als politisch motivierte Rache des Staates an den Ultras, die während der Revolution 2011 eine wesentliche Rolle dabei spielten, den Tahrir-Platz vor der Stürmung durch die Polizei zu verteidigen. Seit 2013 gehen Justiz und Exekutive massiv gegen die Ultras vor und versuchten sogar, diese als Terrororganisationen einstufen zu lassen. Das bis heute gültige Zuschauerverbot gilt als Versuch, die Ultras langfristig kaltzustellen und ihre informellen Netzwerke lahmzulegen.

10 Bundestagsdrucksache Nr. 18/9965, Antwort auf Frage 10a (2), 13.10.2016.

11 Bundestagsdrucksache Nr. 18/4915, Antwort auf Frage 6, 18.5.2015.

12 Bundestagsdrucksache Nr. 18/8598, Antwort auf Frage 24, 31.5.2016.

13 Bundestagsdrucksache Nr. 18/3054, Antwort auf Frage 22, 5.11.2014.

Operationen auf der Sinai-Halbinsel hochgradig fragwürdig, zumal es keinerlei Anzeichen für einen Reformwillen aufseiten des ägyptischen Sicherheitsapparates gibt. Die bislang von der Bundespolizei durchgeführten Maßnahmen zielen vor allem auf die Luft- und Flughafensicherheit und damit auch auf die Bekämpfung der irregulären Migration. Dazu erklärte die Bundesregierung 2016:

«Mit Blick auf die aktuelle Migrationslage beabsichtigt die Bundespolizei, im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie die Zusammenarbeit mit ägyptischen (Grenz-)Polizeibehörden durch Maßnahmen der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe im Bereich Grenzschutz zu intensivieren. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die polizeilichen Kompetenzen der ägyptischen (Grenz-)Polizeibehörden zu stärken sowie das Verständnis einer nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen und Menschenrechten verpflichteten Polizei zu vermitteln.»<sup>14</sup>

In diesem Kontext fanden 2015 und 2016 Schulungen für die ägyptische Grenzpolizei an Flughäfen in Scharm asch-Schaich, Kairo, Alexandria, Hurghada und Frankfurt am Main zu den Themenbereichen Urkunden- und Dokumentensicherheit sowie zu grenzpolizeilichen Aufgaben statt.<sup>15</sup> Insgesamt nahmen daran rund 300 Personen teil. Auch 2017 fanden zwei Trainingsmaßnahmen für mehrere Flughafendienststellen zum Thema Erkennen von Dokumenten- und Identitätsmissbrauch statt. Der ägyptischen Border and Harbour Police wurden zudem 100 Dokumentenprüfgeräte zur Unterstützung der Ausbildungsmaßnahmen im Bereich der Dokumenten- und Urkundensicherheit übergeben.<sup>16</sup> Auch eine engere Kooperation der Bundespolizeiakademie mit der Polizeiakademie in Kairo ist geplant. Sie soll das Diensthundewesen sowie die Entsendung von Fachlehrer\*innen der Bundespolizeiakademie im Rahmen von Vortragsreihen nach Kairo umfassen.<sup>17</sup>

## 2.2 Desolate Menschenrechtslage und Polizeigewalt – «Beihilfe zur Repression»?

Trotz unzähliger Berichte über Menschenrechtsverletzungen ägyptischer Innenbehörden hält die Bundesregierung bis heute an der Sicherheitskooperation mit Kairo fest und reagiert auf Kritik und Forderungen, die Zusammenarbeit mit ebenjenen ägyptischen Behörden, die im Zentrum derartiger Berichte stehen, zu beenden, stets ausweichend. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD machten in der Begründung des am 30. Juli 2017 in Kraft getretenen Abkommens die «Beachtung von Grund- und Menschenrechten» zur Voraussetzung der Kooperation und verwiesen darauf, dass diese im Falle von Menschenrechtsverletzungen abgebrochen<sup>18</sup> werden könne. Paradoxerweise hatte die Bundesregierung aber bereits im Vorfeld der Verabschiedung des Abkommens klargestellt, dass «die Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Verhinderung der Korruption in dem jeweiligen Vertragsstaat [...] nicht Gegenstand dieser bilateralen Verträge» sei.<sup>19</sup> Vielmehr ermögliche es die Zusammenarbeit mit Ägypten, «die eigenen Standards an Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten vorzuleben».<sup>20</sup> Bisher jedoch offenbar ohne Erfolg. Wie es um die Menschenrechte in Ägypten bestellt ist, weiß auch die Bundesregierung:

«Es gibt zahlreiche Fälle von willkürlichen Verhaftungen, von Haft ohne Anklage und von Prozessen, die rechtsstaatlichen Kriterien nicht genügen. Es gibt zudem glaubhafte Berichte über Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam und von Verschwindenlassen. Neben den Anhängern der Muslimbrüder geraten zunehmend Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter, Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studentenvertreterinnen und -vertreter, Künstlerinnen und Künstler und friedliche Demonstrierende in den Fokus der Sicherheitsdienste.»<sup>21</sup>

Ungeachtet dessen weist die Bundesregierung eine Mitverantwortung an Menschenrechtsverstößen durch die Kooperation mit Ägyptens Polizei- und Geheimdienstapparat kategorisch zurück. Ihr lägen «keine Erkenntnisse vor, nach denen in den Jahren 2015 und 2016 im Rahmen der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe zugunsten Ägyptens vermitteltes Wissen oder zur Verfügung gestellte Technik missbräuchlich oder entgegen rechtsstaatlicher Maßstäbe eingesetzt wurde»,<sup>22</sup> erklärte sie 2016 und wiederholte dies seither mehrfach, unter anderem im Juli 2017.<sup>23</sup>

14 Bundestagsdrucksache Nr. 18/8598, Antwort auf Frage 20, 31.5.2016.

15 Bundestagsdrucksache Nr. 18/7274, Antwort auf Frage 14, 15.1.2016 und Nr. 18/9965, Antwort auf Frage 10a (2), 13.10.2016.

16 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11391, Antwort auf Frage 13, 7.3.2017.

17 Bundestagsdrucksache Nr. 18/13091, Antwort auf Frage 5, 7.7.2017.

18 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11812, Abschnitt IV, Begründung, 30.3.2017.

19 Bundestagsdrucksache Nr. 18/8148, Antwort auf Frage 7, 18.4.2016.

20 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11812, Abschnitt IV, Begründung, 30.3.2017.

21 Bundestagsdrucksache Nr. 18/10437, Antwort auf Frage 1, 23.11.2016.

22 Bundestagsdrucksache Nr. 18/7839, Antwort auf Frage 5, 10.3.2016.

23 «Der in Kairo tätige Verbindungsbeamte der Bundespolizei hat bisher noch keine Sachverhalte oder Anhaltspunkte beschrieben, wonach Maßnahmen der Bundespolizei in Ägypten Menschenrechtsverletzungen Vorschub geleistet hätten. Auch wurden durch das BKA bisher keine Anhaltspunkte beschrieben, wonach deutsche polizeiliche Maßnahmen Menschenrechtsverletzungen Vorschub geleistet hätten.» Bundestagsdrucksache Nr. 18/13091, Antwort auf Frage 23, 7.7.2017.

Erst im Oktober 2017 rückte die Bundesregierung erstmals von dieser Linie ab. Der ursprünglich für 2016 geplante Workshop für Mitarbeiter\*innen des Innenministeriums in Kairo «Internet-Straftaten, Beobachtung von Websites, die von Terroristen zur Verbreitung ihres extremistischen Gedankenguts und zur Vorbereitung von Terroranschlägen missbraucht werden» wurde nach Angaben der Bundesregierung «nicht durchgeführt, weil einige der im Rahmen dieses Lehrgangs zu vermittelnden Kenntnisse und Fertigkeiten nicht nur zur Verfolgung von Terroristen, sondern möglicherweise auch zur Verfolgung von anderen Personenkreisen eingesetzt werden könnten».<sup>24</sup> Damit reagierte das für den Workshop zuständige BKA auf die Intensivierung der staatlichen Verfolgung Homosexueller in Ägypten: Nachdem Zuschauer\*innen während eines Konzertes der libanesischen Band Mashrou' Leila im September in Kairo eine Regenbogenfahne geschwenkt hatten, ließen die Behörden Dutzende Menschen verhaften und wegen angeblicher «Ausschweifung» vor Gericht stellen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) wurden dabei mindestens 85 Menschen verhaftet und mehr als 40 von ihnen zu Haftstrafen verurteilt.<sup>25</sup> Bekannt wurde auch, dass Angehörige der Sicherheitsdienste regelmäßig Dating-Apps nutzen, um Menschen mittels vorgetäuschter Dating-Anfragen in regelrechte Fallen zu locken.

Die Begründung der Bundesregierung für die Absage des Lehrgangs ist durchaus bemerkenswert, gesteht Berlin damit doch erstmals explizit ein, dass die im Rahmen der Polizeikooperation vermittelten Kenntnisse für innenpolitische Repressalien missbraucht werden können. Schon 2016 hatte der Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, Andrej Hunko, die Polizeikooperation mit Ägypten als «Beihilfe zur Repression» bezeichnet.<sup>26</sup> Auch HRW kritisierte Berlins Festhalten an der Sicherheitskooperation mit Kairo und verwies in einer Stellungnahme im März 2017 auf die in Ägypten übliche Folter, das Verschwindenlassen von Zivilist\*innen und außergerichtliche Erschießungen. Mit dem Festhalten an der Zusammenarbeit könnten sich deutsche Offizielle mit-schuldig an schwersten Menschenrechtsverletzungen machen, so HRW.<sup>27</sup>

### 2.3 Europäische Arbeitsteilung – Auslagerung des EU-Grenzkontrollregimes nach Ägypten

Unterdessen ist nicht nur Deutschland in der migrationspolitisch motivierten Sicherheitskooperation in Ägypten aktiv. Auch Italien, Frankreich, Großbritannien, Zypern und Griechenland intensivieren seit 2014 zunehmend ihre polizeiliche und militärische Zusammenarbeit mit Al-Sisis Regime. Vor dem Hintergrund der anhaltend instabilen Lage in Libyen setzen die EU und ihre Mitgliedstaaten auf eine mehrdimensionale Strategie zum Aufbau eines wirksameren Grenzkontrollregimes in Ägypten. Schließlich gilt das Land als wichtige Transitstation für Flüchtende aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Sudan und Südsudan, die von hier aus oft nach Libyen und von dort nach Europa übersetzen.

Die politischen Ziele der migrationspolitischen Zusammenarbeit der EU mit Ägypten sind dabei vor allem der «Schutz der EU-Außengrenzen, die Bekämpfung von Fluchtursachen und die verbesserte Gestaltung und Steuerung von Migration».<sup>28</sup> Zu diesem Zweck intensiviert die EU ihre Bemühungen, sicherheits- und entwicklungspolitische Instrumente aufeinander abzustimmen. Während die Entsendung eines EU-Verbindungsbeamten für Migrationsfragen an die EU-Delegation in Kairo geplant, aber noch nicht abgeschlossen ist, richten vor allem Deutschland, Italien und Frankreich ihre bilateralen Entwicklungsprojekte verstärkt darauf aus, Arbeitsplätze in Ägypten zu schaffen und damit dem zeitweiligen Anstieg der irregulären Migration von Ägypter\*innen etwas entgegenzusetzen. Die von der bundeseigenen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und ihren italienischen und französischen Pendanten finanzierten Projekte in Ägypten werden inzwischen explizit als Teil der EU-Migrationspolitik in Nordafrika verstanden und sollen dabei helfen, die sogenannten Fluchtursachen zu bekämpfen.

Dass dieses Vorgehen wenig aussichtsreich ist, weil die Handels- und Agrarpolitik der EU direkt mitverantwortlich dafür ist, dass die Lebensgrundlage vieler Menschen in afrikanischen Ländern zerstört wird, betonte im Hinblick auf den EU-Afrika-Gipfel im November 2017 auch die Bundestagsabgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Franziska Brantner.<sup>29</sup> In der Tat sind die von den EU-Staaten finanzierten Entwicklungsprojekte nicht annähernd in der Lage, die strukturellen Defizite der ägyptischen Volkswirtschaft aufzufangen, um etwas an der wachsenden Fluchtbereitschaft der von der Wirtschaftskrise betroffenen Menschen zu verändern.

Auch wenn die Bundesregierung inzwischen sogar so weit geht, ihre bildungspolitische Unterstützung Ägyptens durch die Förderung der dortigen deutschen Schulen und der wissenschaftlichen Austausch- und Stipendiatenprogramme in den Kontext der migrationspolitischen Zusammenarbeit mit dem Land zu stellen,<sup>30</sup> liegt

24 Bundestagsdrucksache Nr. 18/13688, Antwort auf Frage 20b, 18.10.2017.

25 Vgl. [www.hrw.org/news/2018/01/22/more-arrests-egypts-lgbt-crackdown-no-international-outcry](http://www.hrw.org/news/2018/01/22/more-arrests-egypts-lgbt-crackdown-no-international-outcry).

26 Vgl. [www.andrej-hunko.de/presse/3122-beihilfe-zur-repression-in-aegypten](http://www.andrej-hunko.de/presse/3122-beihilfe-zur-repression-in-aegypten).

27 Vgl. [www.hrw.org/news/2017/04/24/germany/egypt-agreement-risks-complicity-abuses](http://www.hrw.org/news/2017/04/24/germany/egypt-agreement-risks-complicity-abuses).

28 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11098, Antwort auf Frage 2, 3.2.2017.

29 [www.deutschlandfunk.de/eu-afrika-gipfel-unsere-handelspolitik-ist-wirklich-unfair.694.de.html?dram%3Aarticle\\_id=401856](http://www.deutschlandfunk.de/eu-afrika-gipfel-unsere-handelspolitik-ist-wirklich-unfair.694.de.html?dram%3Aarticle_id=401856).

30 Bundestagsdrucksache Nr. 18/13688, Antwort auf Frage 8, 18.10.2017.



der Schwerpunkt deutscher und europäischer Maßnahmen im Rahmen der Migrationspolitik in Ägypten auf sicherheitspolitischen Instrumenten. Dieser sogenannte Migrationsdialog zwischen der EU und Ägypten stockt aber momentan in der praktischen Umsetzung. Geplant ist, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex auch in Ägypten aktiv werden soll – ein erster Informationsaustausch zwischen Frontex-Offiziellen und ägyptischen Behörden<sup>31</sup> hat im Oktober 2016 in Kairo stattgefunden – doch mit einer zügigen Einigung rechnet man in Brüssel derzeit nicht.

Die bilaterale Sicherheitskooperation mit Ägypten hat für die Umsetzung der restriktiven EU-Grenzkontrollpolitik in Nordafrika eine übergeordnete Bedeutung und wird vor allem von Deutschland, Frankreich und Italien forciert. Die Regierung in Rom schloss bereits 2004 ein Polizeiabkommen mit Ägypten und führt seit 2011 rund zehn polizeiliche Trainingsmaßnahmen pro Jahr an Polizeischulen in Italien für Vertreter\*innen ägyptischer Innenbehörden durch. Dabei handle es sich unter anderem um Maßnahmen für die Verkehrspolizei, Fahrtrainings für Personenschützer und Urkundenlehrgänge.<sup>32</sup> Italienische Firmen wie Iveco, Fiocchi und Beretta rüsten zudem Ägyptens Bereitschaftspolizei mit Fahrzeugen, Schusswaffen und Munition aus.<sup>33</sup> Im September 2017 unterzeichneten Italien und Ägypten ein gemeinsames Trainingsprotokoll, das unter dem Dach der ägyptischen Polizeiakademie in Kairo die Durchführung von Lehrgängen zu den Themen Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration für 360 Polizist\*innen aus 22 afrikanischen Ländern vorsieht.<sup>34</sup> Mit diesen und anderen Maßnahmen wird versucht, Ägypten als regionales Trainingszentrum für afrikanische Grenzpolizeien zu etablieren. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch das National Coordinating Committee in Combating and Preventing Illegal Migration (NCCPIM), eine im ägyptischen Außenministerium angesiedelte Koordinierungsbehörde. In Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) führt das NCCPIM Aufklärungskampagnen durch, die über die Gefahren der illegalen Migration aufklären sollen, organisiert aber auch Schulungen für Angehörige von Justiz und Staatsanwaltschaft in der Polizeiakademie. Neben dem UNHCR sind die Vereinten Nationen zudem im Rahmen eines von Japan, den Niederlanden, Großbritannien, Kanada und den USA finanzierten Programms des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) zum «Kapazitätsaufbau bei Polizei und Zollbehörden an Grenzübergangsstellen im Bereich Auswertung und Analyse, Kommunikation und Verbesserung der technischen Ausstattung» direkt an migrationspolitisch relevanten Aktivitäten in Ägypten beteiligt.<sup>35</sup>

Darüber hinaus wird das Land in bisher beispiellosem Ausmaße von europäischen Regierungen aufgerüstet. Allein 2014 autorisierten zwölf EU-Staaten ganze 290 Rüstungslieferungen mit einem Gesamtwert von sechs Milliarden Euro nach Ägypten.<sup>36</sup> Während Italien vor allem Kleinwaffen und Munition liefert, steht Frankreich in Sachen Waffenexporten nach Kairo unangefochten an Europas Spitze. Neben einer FREMM-Fregatte, vier Korvetten und zwei Hubschrauberträgern der MISTRAL-Klasse<sup>37</sup> bestellte Ägyptens Regierung 24 Rafale-Kampfbomber mit einem Auftragsvolumen von 5,2 Milliarden Euro und verhandelt derzeit über die Lieferung weiterer zwölf Kampfflugzeuge.<sup>38</sup> Ägypten unterzeichnete zudem mit Airbus Space Systems und Thales Alenia Space einen Vertrag über die Lieferung eines Militärsatelliten.<sup>39</sup> Deutschland liefert derweil vier U-Boote aus dem Hause ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS), Torpedos der TKMS-Tochter Atlas Elektronik und Luft-Luft-Raketen von Diehl Defence und hat Ägyptens Polizei mit Fahrzeugen ausgestattet.

Neben Materiallieferungen werden im Rahmen der militärischen Kooperation mit Ägypten auch Trainingsmaßnahmen sowie gemeinsame Militärmanöver durchgeführt. Großbritannien trainierte 2015 und 2016 offiziellen Angaben zufolge 80 Angehörige der ägyptischen Armee,<sup>40</sup> während die ägyptische Marine 2016 und 2017 im Mittelmeer gemeinsame Militärmanöver mit Frankreich, Griechenland und Zypern durchführte. Auch Deutschland intensivierte seine militärpolitische Kooperation mit Ägypten und bietet seit 2015 verstärkt Lehrgänge, Informationsbesuche sowie Fach- und Expertengespräche an.<sup>41</sup>

31 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11098, Antwort auf Frage 8, 3.2.2017.

32 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11098, Antwort auf Frage 23c, 3.2.2017.

33 Vgl. [www.jadaliyya.com/Details/32986/Hollow-Words-Egypt,-Italy,-and-Justice-for-Giulio](http://www.jadaliyya.com/Details/32986/Hollow-Words-Egypt,-Italy,-and-Justice-for-Giulio).

34 Vgl. <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/277062/Egypt/Politics-/Egypt-s-interior-ministry-signs-joint-training-prot.aspx>.

35 Bundestagsdrucksache Nr. 18/13091, Antwort auf Frage 17, 7.7.2017.

36 Vgl. [www.amnesty.org/en/latest/news/2016/05/eu-halt-arms-transfers-to-egypt-to-stop-fuelling-killings-and-torture/](http://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/05/eu-halt-arms-transfers-to-egypt-to-stop-fuelling-killings-and-torture/).

37 [www.naval-group.com/en/news/naval-group-delivers-the-first-gowind2500-corvette-ens-elfateh-to-the-egyptian-navy/](http://www.naval-group.com/en/news/naval-group-delivers-the-first-gowind2500-corvette-ens-elfateh-to-the-egyptian-navy/).

38 [www.france24.com/en/20150216-france-egypt-sign-deal-sale-rafale-fighter-jets](http://www.france24.com/en/20150216-france-egypt-sign-deal-sale-rafale-fighter-jets).

39 [www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/aeronautique-defense/thales-et-airbus-vendent-un-satellite-de-telecoms-militaires-a-l-egypte-565293.html](http://www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/aeronautique-defense/thales-et-airbus-vendent-un-satellite-de-telecoms-militaires-a-l-egypte-565293.html).

40 [www.gov.uk/government/news/uk-supports-training-of-egyptian-armed-forces](http://www.gov.uk/government/news/uk-supports-training-of-egyptian-armed-forces).

41 Bundestagsdrucksache Nr. 18/13091, Antwort auf Frage 15 und 16, 7.7.2017.

### 3 EXTERNALISIERUNG DER EU-AUSSENGRENZEN NACH NORDAFRIKA UND IN DEN SAHEL

Während die EU und ihre Mitgliedstaaten in Ägypten die militärische und polizeiliche Abriegelung Europas vorantreiben, werden auch Tunesien, Algerien und die Sahel-Staaten zunehmend in das EU-Grenzkontrollregime integriert. Die Abschottung Europas wird dabei nicht wie 2005 nur in Nordafrika forciert, sondern umfasst heute auch polizeiliche und militärische Maßnahmen in Mali, Niger, Tschad, Mauretanien und Burkina Faso.

Damit reagiert die EU auf die sich verändernden Dynamiken auf den etablierten Fluchtrouten. Wie jüngste Angaben des IOM bestätigen, zeigt der EU-Türkei-Deal Wirkung. Die Anzahl der auf der östlichen Mittelmeerroute in die EU eingereisten «irregulären» Flüchtlinge ist 2017 im Vergleich zum Vorjahr von 173.344 auf 29.557 Menschen gesunken. Auch die Zahlen für die zentrale Mittelmeerroute, die auch die Abfahrten aus Libyen und Ägypten erfassen, sind laut IOM stark rückläufig. Auf der westlichen Mittelmeerroute hingegen, die die Überfahrten von Algerien und Marokko nach Spanien einschließt, ist im Vergleich zu 2016 ein signifikanter Anstieg von 6.046 auf 20.693 Menschen zu verzeichnen.<sup>42</sup>

Diese abermalige Verlagerung der Fluchtrouten überrascht keineswegs. So dokumentiert etwa das Rechercheprojekt der Berliner *tageszeitung* Migration Control<sup>43</sup> eindrücklich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten schon seit Jahren auf die Ausweitung des EU-Grenzkontrollregimes setzen, das sich heute nicht nur auf Nordafrika, sondern auch auf das Horn von Afrika und den Sahel erstreckt. Ähnlich wie in Ägypten werden zunehmend sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Maßnahmen miteinander verzahnt. Die sich nicht nur bei EU-Kommissar Avramopoulos durchsetzende Erkenntnis, das «Phänomen» der Migration könne nicht nur mit sicherheitspolitischen Mitteln wirkungsvoll eingedämmt werden, ist dabei die treibende Kraft hinter den Bemühungen, die militärische und polizeiliche Abriegelung Europas mit Instrumenten des «Migrationsmanagements» zu flankieren. Dazu gehört auch die von der EU geforderte Aufnahme biometrischer Merkmale in die Reisedokumente afrikanischer Staaten. Nicht umsonst finden sich auch in den von der Bundesregierung abgeschlossenen Sicherheitsabkommen mit Ägypten und Tunesien entsprechende Paragraphen.<sup>44</sup>

Ein zentrales Instrument der EU zur Durchsetzung sicherheitspolitischer, aber auch ziviler Maßnahmen ist die Ertüchtigungsinitiative.<sup>45</sup> Nach Angaben der Bundesregierung ist deren Ziel, «Partner so zu unterstützen, dass sie unter Beachtung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Standards über den ganzen Krisenzyklus hinweg eigene Krisenprävention, Krisenbewältigung, Krisennachsorge und Friedenskonsolidierung betreiben können. Dabei steht insbesondere die Stärkung des Sicherheitssektors in ausgewählten Partnerländern im Fokus.»<sup>46</sup>

Derweil hat die Militarisierung des Sahel bereits besorgniserregende Ausmaße angenommen. Der fortschreitende Staatszerfall Malis konnte auch nach der Stationierung der UN-Mission MINUSMA 2013 nicht aufgehalten werden. Neben den 11.000 Soldat\*innen und 1.600 Polizist\*innen der Stabilisierungsmission und weiteren 600 Uniformierten der EU Training Mission in Mali (EUTM Mali), an denen auch die Bundeswehr beteiligt ist, mischt auch die mit 3.500 Personen ausgestattete französische Anti-Terror-Operation Barkhane in der Region mit.<sup>47</sup> Zudem wird derzeit der Aufbau einer von der EU, den USA und den Golfstaaten finanzierten «gemeinsamen Einsatztruppe» der G5-Staaten vorangetrieben. Diese dürfte jedoch keineswegs zu einer langfristigen Lösung der Sicherheitsprobleme in der Region beitragen, schließlich handelt es sich bei dieser Truppe um ein auf die Interessen der Geberstaaten ausgerichtetes Instrument zur Migrations- und Terrorabwehr. Soziale, politische und wirtschaftliche Strukturprobleme in der Region bleiben bestehen und dienen als Nährboden für eine Reproduktion und Verschärfung der aktuellen Krisenlage.

#### 3.1 EU-Grenzkontrollpolitik und Migrationsmanagement im Sahel

Komplementär zu den polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfen in Ägypten setzt die Bundesregierung auch in Tunesien auf polizeiliche Aufbauhilfen. Auch hier stiegen die irregulären Überfahrten nach Europa 2017 stark an. Zwar handelt es sich bei den Migrant\*innen zumeist noch um tunesische Bürger\*innen und bislang ist das Land keine Transitstation für Flüchtende aus Ost- und Westafrika, dennoch ist die deutsch-tunesische Sicherheitskooperation ein zentrales Element bei der Errichtung eines Grenzkontrollregimes auf afrikanischem Boden und bleibt eng verknüpft mit den Bemühungen der EU, den grenzüberschreitenden Personenverkehr im Sahel zu reglementieren.

42 Vgl. [www.iom.int/news/mediterranean-migrant-arrivals-reach-168314-2017-deaths-reach-3115](http://www.iom.int/news/mediterranean-migrant-arrivals-reach-168314-2017-deaths-reach-3115).

43 Vgl. <https://migration-control.taz.de/#en>.

44 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11508 (Art. 4 Abs. 2) und Nr. 18/11509 (Art. 6), beide vom 13.3.2017.

45 Vgl. hierzu Mickan, Thomas: Die Politik der militärischen Ertüchtigung. Kritik und Schlussfolgerungen für linke Politik, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 4/2016, Berlin 2016.

46 Bundestagsdrucksache Nr. 18/11889, Antwort auf Frage 1, 7.4.2017.

47 Vgl. [www.german-foreign-policy.com/news/detail/7434/](http://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7434/).

Bereits unter dem Dach der 2011 aufgelegten Transformationspartnerschaft förderte das Bundesinnenministerium eine Sicherheitssektorreform in Tunesien, in dessen Rahmen die Bundespolizei tunesische Grenzbehörden in den Bereichen Küstenwache, maritime Sicherheit und Seenotrettung sowie Grenzkontrolle und Dokumenten- und Urkundensicherheit unterstützte.<sup>48</sup> Diese Maßnahmen wurden nach den Terroranschlägen in Tunis und Sousse 2015 aufgestockt und umfassen neben Ausbildungs- und Beratungshilfen des BKA und der Bundespolizei für tunesische Grenzbehörden, die Nationalgarde und das Innenministerium auch Lehrgänge zum Thema Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie umfangreiche Materiallieferungen, darunter Fahrzeuge, Schlauchboote, Nachtsichtgeräte, Grundausstattungen für Grenzposten und Polizeischulen und sogar Taschenlampen und Stiefel. Seit Anfang 2016 wurden dabei rund 700 tunesische Beamt\*innen trainiert.<sup>49</sup>

Zusätzlich intensivierte die Regierung in Berlin ihre Unterstützung Tunesiens bei der Befestigung der Grenze zum Nachbarland Libyen. Neben der auch von der Bundesregierung geförderten Beschaffung mobiler Grenzüberwachungssysteme finanzieren Deutschland und die USA zudem den Aufbau eines ortsfesten elektronischen Überwachungssystems entlang der Grenze.<sup>50</sup>

EU und Bundesregierung verstärken jedoch nicht nur in Tunesien ihre Bemühungen, die Grenzen in der Region auf- und auszurüsten, sondern auch im Sahel. Schon 2015 verabschiedete der Europäische Rat ein «umfassendes migrations- und flüchtlingspolitisches Maßnahmenpaket», das Unterstützungsleistungen zugunsten Malis und Nigers bei der Überwachung und Kontrolle ihrer Landgrenzen vorsieht. Die zivilen EU-Missionen EUCAP Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger (EUCAP: EU Capacity Building Mission) wurden vor diesem Hintergrund bereits um die Bereiche Grenzschutz und Bekämpfung krimineller Schleusungen erweitert.

Das Auswärtige Amt greift derweil für die Aufbauhilfen von Grenzbefestigungsanlagen und Grenzkontrollkapazitäten verstärkt auf die GIZ zurück. Diese war nicht nur an der Umsetzung eines grenzkontrollpolitischen Unterstützungsprogramms der Afrikanischen Union in Burkina Faso, Mali und Niger beteiligt, in dessen Rahmen «Fahrzeuge, Büroausstattung, GPS-Geräte zur Grenzvermessung sowie Baumaterial zur Errichtung von Grenzsteinen und Versorgungsinfrastruktur» geliefert wurden,<sup>51</sup> sondern auch an der vom Auswärtigen Amt geförderten Ländermaßnahme in Mauretanien. Hier wurden drei Grenzstationen gebaut sowie sechs weitere mit Möbeln, Computern und Solarpaneelen ausgestattet. EU und Bundesregierung finanzierten zudem den Aufbau von neun Kontrollposten an der nigerianisch-nigrischen Grenze sowie einer weiteren an der Grenze zwischen Kamerun und Tschad. Bundespolizei und BKA führten zusätzliche Schulungen für Polizeibehörden mehrerer Länder in der Region durch, während Mali 2013 in das «Ausstattungshilfeprogramm der Bundesregierung für ausländische Streitkräfte» aufgenommen wurde.

Während die Bundesregierung nigrische Behörden bei der «Schleuserbekämpfung sowie der Schaffung von Erwerbsalternativen zum Migrationsgeschäft» unterstützt und für diesen Zweck Fahrzeuge lieferte, spielt die EU bei der Etablierung der besagten gemeinsamen Einsatztruppe der G5-Staaten (Mali, Niger, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso) eine Schlüsselrolle. Die Finanzierung der 5.000 Personen umfassenden Truppe für das erste Operationsjahr gilt als weitgehend gesichert. Während die G5-Staaten je zehn Millionen Euro investieren, sagte die EU 50 Millionen Euro aus Mitteln der Friedensfazilität für Afrika zu. Frankreich stellt weitere acht Millionen Euro und die USA 60 Millionen US-Dollar bereit. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützen das Projekt mit 100 bzw. 30 Millionen Euro.

Offiziell soll sich die Einsatztruppe auf die Terrorismusbekämpfung konzentrieren, doch wie die Bundesregierung erklärte, sei der Kampf gegen die organisierte Kriminalität davon nicht zu trennen. Eine erfolgreiche gemeinsame Einsatztruppe werde damit auch die Aktivitäten von Schleusern und Menschenhändlern erschweren und könne zusätzlich «die Rückkehr von Flüchtlingen aus der Region und Binnenvertriebenen in ihre Heimat ermöglichen».<sup>52</sup> Derweil sollen die Operationen der Truppe, die im Oktober 2017 unter Beteiligung von Kontingenten der Barkhane-Mission eine erste Patrouille durchführte,<sup>53</sup> auch von den bereits in der Region operierenden EU-Missionen EUTM Mali, EUCAP Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger «beraten» werden. Damit wird jedoch klar, dass die Unterstützung Brüssels für das Projekt enger mit der EU-Grenzabschottungspolitik verknüpft ist, als es die Geberländer öffentlich eingestehen. Im Gegensatz zum tatsächlichen Bedarf einer enger abgestimmten regionalen Sicherheitspolitik der G5-Staaten droht die Einsatztruppe zu einem neokolonialen Instrument westlicher Interessendurchsetzung zu verkommen. Denn auch wenn die Befehlsgewalt formal bei den G5-Staaten liegt, ist nicht zu erwarten, dass die Geberländer ihre Unterstützung aufrechterhalten, sollten die G5-Regierungen eigene Prioritäten setzen, die nicht mit den sicherheitspolitischen Zielen der Geberstaaten übereinstimmen.

---

48 Bundestagsdrucksache Nr. 18/3054, Antwort auf Frage 6, 5.11.2014.

49 Vgl. Die Welt vom 22. August 2017.

50 Bundestagsdrucksache Nr. 18/9262, Antwort auf Frage 24 und 25, 21.7.2016, und Nr. 19/272, Antwort auf Frage 3, 14.12.2017.

51 Bundestagsdrucksache Nr. 18/5895, Antwort auf Frage 7, 1.9.2015.

52 Bundestagsdrucksache Nr. 18/13487, Antwort auf Frage 1, 5 und 6b, 1.9.2017.

53 Bundestagsdrucksache Nr. 19/433, Antwort auf Frage 8, 15.1.2018.

### 3.2 Souveränitätsanspruch und Rechtspopulismus in Algerien

Im Gegensatz zu den Sahel-Staaten, aber auch Ägypten und Tunesien, gilt Algerien als hochgradig störrischer Partner der EU. Das Land agiert in Fragen der sicherheits-, wirtschafts- und migrationspolitischen Kooperation aufgrund historischer und ideologischer Hintergründe in der Regel äußerst verhalten. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass sich die Regierung in Algier einer Kooperation mit der EU verweigert. Doch Algerien legt in sicherheitspolitischen Belangen Wert auf die Wahrung der nationalen Souveränität und steht daher gemeinsamen Militärmanövern oder der Stationierung ausländischer Soldat\*innen im eigenen Land meist ablehnend gegenüber.

In sicherheits- und migrationspolitischen Belangen nähern sich die Interessen der EU und Algeriens seit Ende des algerischen Bürgerkriegs jedoch zunehmend an. Die Ausbreitung extremistischer Terrorgruppen im Sahel ist dabei eng verknüpft mit dem damaligen Konflikt, zogen sich gegen den algerischen Staat kämpfende Terrorzellen doch zunehmend in den schwer zugänglichen Süden des Landes und in die Nachbarländer zurück. Während der berüchtigte, inzwischen neu konstituierte algerische Geheimdienst DRS im Zuge seiner Aufstandsbekämpfung in den 1990er Jahren eigene Terrorzellen aufbaute oder bereits vorhandene unterwanderte,<sup>54</sup> ist der Sicherheitsapparat bis heute damit beschäftigt, mit den verheerenden Auswirkungen dieser Strategie umzugehen.

Seit 2005 setzt Algerien auf eine beispiellose Aufrüstung seiner Streitkräfte sowie der südlichen und seit 2011 auch seiner östlichen und westlichen Landesgrenzen, um das Einsickern terroristischer Gruppen zu verhindern und die mehr als 6.000 Kilometer lange Grenze abzusichern. Auch deswegen treibt Algerien den Aufbau einer lokalen Waffen- und Ausrüstungsindustrie massiv voran und hält trotz des klammen Staatshaushalts an seinem milliardenschweren Rüstungsbudget fest. Neben Russland, das in den letzten Jahren in Algerien Aufträge für 42 Kampfhubschrauber, zwölf Sukhoi-Kampffjets, zwei U-Boote und Hunderte Kampfpanzer verbuchte, von denen 200 in Algerien montiert werden sollen, ist Deutschland inzwischen zum wichtigsten Waffen- und Ausrüstungslieferanten Algeriens aufgestiegen.

Schon 2008 einigten sich Algeriens Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einen Rüstungsdeal in Höhe von rund zehn Milliarden Euro. Dieser umfasst neben vier TKMS-Fregatten und die von der Bundeswehr durchgeführte Ausbildung der Besatzung auch den Bau einer Schiffswerft, auf der zwei der vier Kriegsschiffe montiert werden sollen, sowie die Errichtung lokaler Fertigungsanlagen für Mercedes-Benz-Sprinter und die geländefähige G-Klasse,<sup>55</sup> den Militärtransporter Zetros<sup>56</sup> und den von Rheinmetall produzierten Spürpanzer Fuchs. Die für die Produktion zuständigen Joint Ventures gehören mehrheitlich der algerischen Regierung, die damit einen Technologietransfer erreichen und sich künftig von Waffenlieferungen aus dem Ausland unabhängiger machen will.

Auch in Sachen Grenzabriegelung verfolgt Algerien eine Linie, die der Abschottungspolitik der EU entgegenkommt. Auf die 2012 initiierte Errichtung eines elektronischen, 50 Kilometer langen Zauns an der Grenze zu Mali und die Verlegung militärischer Sondereinsatzkommandos in mehrere Grenzprovinzen<sup>57</sup> folgte der Aufbau von mit elektronischen Überwachungssystemen ausgestatteten Sandbarrieren an den Grenzen zu Tunesien und Libyen, die sich auf eine Länge von 350 Kilometern erstrecken sollen. Die algerisch-marokkanische Grenze ist inzwischen mit einem 450 Kilometer langen Zaun, einem mit Wasser gefüllten Graben und Dutzenden Grenzposten praktisch abgeriegelt.<sup>58</sup> Zudem intensiviert Algerien seine grenzkontrollpolitische Kooperation mit Mauretanien und Tunesien und will künftig sogar Elitetruppen in Mali und Niger ausbilden.<sup>59</sup>

Unterdessen setzen algerische Sicherheits- und Innenbehörden ihre Repressionen gegen Flüchtlinge im Land seit Ende 2014 in einer bisher beispiellosen Intensität fort. Polizei und Gendarmerie lancierten in diesem Zusammenhang regelmäßig Verhaftungswellen gegen afrikanische Ausländer. Festgesetzte Menschen werden dabei zumeist in Sammelunterkünften wie dem Camp Zéralda im Süden Algiers vorübergehend interniert, bevor sie anschließend in Buskonvois in das rund 2.000 Kilometer südlich von Algier gelegene Tamanrasset gebracht werden. Von dort aus finden Massenabschiebungen nach Niger statt, mit dem Algerien 2014 ein Rücknahmeabkommen geschlossen hat.<sup>60</sup> Unterschiedlichen Angaben zufolge wurden seither 17.000 bis 20.000 Menschen abgeschoben. Erst im September 2017 reagierten zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie EuroMed Rights, Amnesty International und HRW auf die anhaltenden Repressionen algerischer Behörden gegen Flüchtlinge und verurteilten das Vorgehen der Regierung aufs Schärfste.<sup>61</sup>

54 Vgl. [www.madamasr.com/en/2017/07/25/feature/politics/the-legacy-of-the-algerian-civil-war-forced-disappearances-and-the-cost-of-amnesty/](http://www.madamasr.com/en/2017/07/25/feature/politics/the-legacy-of-the-algerian-civil-war-forced-disappearances-and-the-cost-of-amnesty/).

55 Vgl. [www.algerie360.com/economie/economie-algerie/livraison-de-325-vehicules-multifonctions-et-tout-terrains-au-profit-du-mdn/](http://www.algerie360.com/economie/economie-algerie/livraison-de-325-vehicules-multifonctions-et-tout-terrains-au-profit-du-mdn/).

56 Vgl. [www.defencweb.co.za/index.php?option=com\\_content&view=article&id=38381:algerian-factory-unveils-new-locally-assembled-truck-for-algerian-military&catid=50:Land&Itemid=105](http://www.defencweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=38381:algerian-factory-unveils-new-locally-assembled-truck-for-algerian-military&catid=50:Land&Itemid=105).

57 Vgl. [www.defencweb.co.za/index.php?option=com\\_content&view=article&id=28619:algeria-seeks-new-border-security-systems-as-war-clouds-gather-over-mali&catid=87:border-security&Itemid=188](http://www.defencweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=28619:algeria-seeks-new-border-security-systems-as-war-clouds-gather-over-mali&catid=87:border-security&Itemid=188).

58 Vgl. [www.files.ethz.ch/isn/191018/PW109-Border-Security-Challenges-in-the-Grand-Maghreb.pdf](http://www.files.ethz.ch/isn/191018/PW109-Border-Security-Challenges-in-the-Grand-Maghreb.pdf).

59 Vgl. [www.algerie360.com/messahel-lalgerie-forme-troupes-delite-nigeriennes-maliennes/](http://www.algerie360.com/messahel-lalgerie-forme-troupes-delite-nigeriennes-maliennes/).

60 Vgl. [www.rfi.fr/hebdo/20151016-niger-algerie-reprise-expulsions-departs-volontaires-agadez-tamanrasset-mendicite](http://www.rfi.fr/hebdo/20151016-niger-algerie-reprise-expulsions-departs-volontaires-agadez-tamanrasset-mendicite).

61 Vgl. [www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/algeria-mass-racial-profiling-used-to-deport-more-than-2000-sub-saharan-migrants/](http://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/algeria-mass-racial-profiling-used-to-deport-more-than-2000-sub-saharan-migrants/).

Galt Algeriens Gesellschaft lange als relativ offen gegenüber afrikanischen Einwander\*innen, grassiert inzwischen eine von Regierungsoffiziellen angeheizte xenophobe Stimmung im Land, die von Regierungsfunktionären wie Außenminister Abdelkader Messahel oder Premierminister Ahmed Ouyahia, der irreguläre Migrant\*innen beschuldigte, «Kriminalität, Drogen und andere Plagen» ins Land zu bringen, massiv angeheizt wird.<sup>62</sup> Diese rechtspopulistische Rhetorik dient dabei auch dem Ziel, die Verantwortung für die anhaltende Wirtschaftskrise und die zunehmenden sozialen Spannungen im Land den Geflüchteten zuzuschieben. Angesichts dessen besitzt die Grenzkontrollpolitik in Algerien inzwischen politische Priorität – eine Entwicklung, die mit den Abschottungsstrategien der EU in Nordafrika komplementär verläuft und künftig weiteren Kooperationsformen zwischen Brüssel und Algier den Weg ebnet.

#### 4 KURZSICHTIGE PRIORITÄTENSETZUNG

Die strategische Neuausrichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der Zuwanderungs- und Grenzkontrollpolitik im Mittelmeerraum ist eindeutig. Entgegen rhetorisch irreführenden Termini wie «Ursachenbekämpfung» oder «Migrationsmanagement» wird hier auf ein kurzfristiges Krisenmanagement gesetzt, das sich keineswegs den Ursachen von Flucht und sogenannter Wirtschaftsmigration annimmt, sondern mittel- und langfristig eher zu deren Verstärkung als zu deren Beseitigung führen wird. Anstatt mit politischen Mitteln soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheiten nicht nur innerhalb dieser Länder, sondern auch zwischen Europa und Afrika insgesamt abzubauen oder zumindest eine Anpassung der EU-Handels- und Wirtschaftspolitik in Erwägung zu ziehen und damit für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den Ländern Nordafrikas zu sorgen, werden die Folgen dieser strukturellen Ungleichheiten mit polizeilichen und militärischen Mitteln bekämpft.

Dabei wird in menschenrechtspolitisch hochgradig rücksichtsloser Art und Weise eine ganze Region militarisiert. Der Versuch, einer neokolonial anmutenden Abschöpfung qualifizierter afrikanischer Arbeitskraft mithilfe staatlicher Entwicklungshilfeorganisationen den Weg zu ebnet, geht mit unberechenbaren Eingriffen in die Sozialstrukturen nordafrikanischer und im Sahel gelegener Gesellschaften einher. Die verheerenden lokalen und nationalen Folgen dieser europäischen Politik in Nordafrika und im Sahel sind bisher nicht ansatzweise absehbar, werden aber mit Sicherheit nicht nur die Region als Ganzes, sondern auch Europa betreffen.

Ebenso beunruhigend ist die massive militärische und polizeiliche Aufrüstung autokratisch regierter Staaten in der Region, denn auch hier sind die langfristigen Folgen dieser expansiven Rüstungsexportpolitik keinesfalls berechenbar. Die bestehenden, durchaus klar formulierten und sinnvollen Rüstungsexportbeschränkungen (Kriegswaffenkontrollgesetz, Außenwirtschaftsgesetz und die neu eingeführten Post-Shipment-Kontrollen), die Ausfuhren von Rüstungsgütern in Krisenregionen und an Krieg führende Staaten verbieten, werden dabei von der Bundesregierung entweder ignoriert oder durch Produktionsauslagerungen der Rüstungskonzerne unterlaufen. Die Exportpolitik der Rheinmetall-Tochtergesellschaften RMV Italia und Rheinmetall Denel Munition, einem Joint Venture des Düsseldorfer Konzerns mit dem südafrikanischen Waffenproduzenten Denel, stellen in dieser Hinsicht nur die Spitze des Eisbergs dar. Zwar sind derartige Auslagerungs- und Exportpraktiken im lukrativen Rüstungsgeschäft nicht neu, die Ausmaße der jüngst bekannt gewordenen Exportpraktiken von Rheinmetall Denel Munition überraschen dennoch: Der Konzern hat mindestens 39 schlüsselfertige Fabriken zum Bau von Bomben und Munition an Drittstaaten verkauft, darunter auch eine an Ägypten.<sup>63</sup>

Entsprechend irreführend ist die von der Bundesregierung rhetorisch durchaus einfallsreiche Phrase, sie verfolge eine «restriktive Rüstungsexportpolitik». Die Zahlen sprechen indes für sich. In Sachen genehmigungspflichtiger Rüstungsexporte ist der Anteil der von der Bundesregierung abgelehnten Gesuche lächerlich gering. Das in der letzten Legislaturperiode von Sigmar Gabriel und Brigitte Zypries (beide SPD) geführte Bundeswirtschaftsministerium verfolgte also keineswegs eine restriktive, sondern eine auf die Erschließung neuer Märkte ausgerichtete, hochgradig expansive Rüstungsexportpolitik.

62 Vgl. [www.jeuneafrique.com/455760/societe/algerie-migrants-amenent-crime-drogue-selon-chef-de-cabinet-de-bouteflika/](http://www.jeuneafrique.com/455760/societe/algerie-migrants-amenent-crime-drogue-selon-chef-de-cabinet-de-bouteflika/).

63 Vgl. [www.br.de/nachrichten/bomben-fuer-die-welt-wie-sich-deutsche-waffenhersteller-unabhaengig-von-exportregeln-100.html](http://www.br.de/nachrichten/bomben-fuer-die-welt-wie-sich-deutsche-waffenhersteller-unabhaengig-von-exportregeln-100.html).